

– und Bündnispolitik der NATO – Mitgliedstaaten, München: Oldenbourg, S. 239 – 253.

Vordemann, Christian (1994), Deutschland-Italien 1949-1961: die diplomatischen Beziehungen, (Italien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3), Frankfurt am Main, Berlin, Bern.

Woller, Hans (1988), Italien und die Großmächte 1943–1949, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd 57, München: Oldenbourg.

7 Die Identität Frankreichs

Die erste große Debatte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs betraf die Ratifizierung des Vertrags zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft – ein europa- als auch sicherheitspolitisches Thema, da es um die Verteidigung Westeuropas und zugleich die deutsche Wiederaufrüstung ging. Der zweite historische Diskurs liegt fast vierzig Jahre später und betrifft die wichtigste Weichenstellung für die Zukunft der europäischen Integration in den 90er Jahren – das Referendum zu den Maastrichter Verträgen zur Gründung der Europäischen Union. Beide Ereignisse gelten als die herausragenden Beispiele für bewegende und heftige diskursive Auseinandersetzungen um den Kurs der französischen Außenpolitik.

A Der französische Diskurs zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (1952-54)

(Bernhard Stahl)

Einleitung

Im Folgenden wird die französische Debatte um die EVG zwischen 1950 und 1954 - vor allem aber zwischen 1952 und 1954 - näher betrachtet. Diese Debatte eignet sich aus mehreren Gründen gut für die beispielhafte Herausarbeitung von Identitätselementen und Argumentationsmustern der französischen Außenpolitik: Zum einen handelte es sich nach übereinstimmender Beurteilung der Beobachter um die wichtigste und heftigste politische Auseinandersetzung seit der Dreyfus-Affäre, die die politische Klasse ähnlich tief spaltete (Aron 1956: 9). Zum anderen weist die EVG-Debatte neben sicherheits- auch europapolitische Argumentationsmuster auf, da sie in Zusammenhang mit den vorangegangenen bzw. teilweise parallel verhandelten Europa-Organisationen (Europarat, EGKS) diskutiert wurde. Diesen Vorteilen steht als Nachteil gegenüber, dass die Debatte in der IV. Republik stattfand, mithin die Diskursstrukturen sich sehr von denen der V. Republik unterscheiden.

Die EVG ist sehr gut erforscht, liegen doch detaillierte, vor allem zeithistorische Studien in englischer, französischer wie deutscher Sprache vor (Aron und Lerner 1956; Fursdon 1980; Volkmann 1985). Der Fokus der Arbeiten liegt jedoch in der Regel auf Entscheidungabläufen (bspw. Noack 1977), außenpolitischen Zwängen (de Carmoy 1970; Grosser 1986; Tint 1972; Bozo 1997) oder den Umständen der Debatte im Kontext der innenpolitischen Krisen der IV. Republik (Pickles 1958; Siegfried 1959; Fauvet 1960). Argumentationsmuster und Identitätselemente müssen folglich aus den Studien zielgerichtet herausgearbeitet werden. Nachdem zunächst der spezifische Diskurskontext

erläutert wird, erfolgt die Analyse der Argumentationsmuster, bevor einige Bemerkungen zum Diskursverlauf den Abschnitt beschließen.

Der Diskurskontext

Die französische IV. Republik sah sich nach der Befreiung durch die Alliierten 1944 bis zu ihrem Ende und dem Übergang zur V. Republik (1958) einer doppelten Herausforderung ausgesetzt: Einerseits galt es, das System nach der Niederlage im Weltkrieg, dem Vichy-Regime sowie der deutschen Besatzung zu stabilisieren, andererseits wurde es mit großen außenpolitischen Herausforderungen (Dekolonisation, Kalter Krieg, Europäische Einigung, Deutschlandfrage) konfrontiert. Das Regierungssystem der IV. Republik war durch häufige Regierungswechsel gekennzeichnet, und manchmal blieb das Land monatelang ohne Führung.³⁷¹ Unter diesen Bedingungen zeigte sich das System von den außenpolitischen Turbulenzen überfordert, und die vielbeschriebene „Agonie der IV. Republik“ fand schließlich durch die Algerienkrise ein Ende.

Nachdem sich der Ost-West-Konflikt Ende der 40er Jahre verfestigt hatte, forderten die USA zusehends eine Aufrüstung West-Deutschlands (Fauvet 1960: 166). Nach Beginn des Korea-Krieges (25.6.1950) wurden die diesbezüglichen amerikanischen Forderungen immer lauter; sie wurden zunächst jedoch von Frankreich ganz abgelehnt, dann wurde eine Entscheidung darüber verschoben (Fauvet 1960: 170). Am 23.10.1950 präsentierte überraschenderweise Ministerpräsident Plevén ohne Abstimmung mit den Amerikanern den nach ihm benannten Plan zur Aufstellung einer europäischen Armee, die folgende Elemente aufweisen sollte:

- einen Ministerrat sowie einen von den Regierungen ernannten Verteidigungsminister
- eine Integration der nationalen Streitkräfte ab Batallionsstärke, weder einen deutschen Generalstab noch ein Verteidigungsministerium für die Bundesrepublik
- die Integration des Militärkommandos in den NATO-Rahmen
- die Beibehaltung nicht-integrierter französischer Streitkräfte für Übersee-Aufgaben.

Die Nationalversammlung stimmte einen Tag darauf mit 343 zu 225 Stimmen für den Plevén-Plan. In der Folge gelang es, US-Präsident Eisenhower und das *State Department* von der EVG zu überzeugen.³⁷² Hatten sich Delegationen niedrigeren Ranges aus Belgien, Italien, Luxemburg und Westdeutschland auf

³⁷¹ Im Untersuchungszeitraum waren folgende Regierungen an der Macht: René Plevén (11.7.1950-28.2.51), Henri Queuille (10.3.51-10.7.51), René Plevén (8.8.51-7.1.52), Edgar Faure (17.1.52-20.2.52), Antoine Pinay (6.3.52-23.12.53), René Mayer (5.1.53-21.5.53), Joseph Laniel (26.6.53-12.6.54) und Pierre Mendès-France (17.6.54-5.2.55).

³⁷² Vor allem das Pentagon befürwortete allerdings eine Wiederbewaffnung Deutschlands in der NATO.

der Pariser Konferenz vom 15.2.1951 noch eher verhalten gezeigt, so wurde das Projekt nach der Wiederaufnahmekonferenz am 24.7.1951 konsequent vorangetrieben (Soutou 1993a: 500). Allerdings sollte die Eingliederung deutscher Verbände nunmehr in Divisionsstärke erfolgen, und der intergouvernementale Ministerrat wurde – vor allem auf Drängen der niederländischen Regierung – als Entscheidungsorgan aufgewertet (Lipgens 1984: 660, Fn 52). Am 19.2.1952 sprach sich die *Assemblée Nationale* (AN) im Grundsatz für eine europäische Verteidigung aus,³⁷³ allerdings um den Preis von wichtigen Vorbedingungen, die insbesondere die Teilnahme Großbritanniens betrafen. Premierminister Eden willigte im Februar 1952 jedoch lediglich in ein Unterstützungsabkommen zwischen EVG und Vereinigtem Königreich ein. In Lissabon wurde eine enge Anbindung der EVG an die NATO sowie der *package deal* der Gleichzeitigkeit von deutschem Beitritt zur EVG und dem Endes des Besatzungsstatuts vereinbart. Drei Monate später (27.5.1952) unterzeichneten die Regierungen der Benelux-Staaten, der Bundesrepublik, Italiens und Frankreichs die Verträge zur EVG.³⁷⁴

Mehrere Regierungen der IV. Republik unterließen es in der Folge, die Verträge dem Parlament vorzulegen. Beispielhaft sei auf den Ministerratsbeschluss der Regierung Laniel vom 14.4.54 hingewiesen, der vorsah, dass die AN wenigstens ein Datum für die Abstimmung über die EVG bis zum 18.5.54 hätte bestimmen sollen. Über den Fall der Festung von Dien Bien Phu in Indochina geriet auch dieses Datum in Vergessenheit (Fauvet 1960: 268). Im Zuge des Ratifikationsverfahrens war der Nationalversammlung ein Entschließungsentwurf erst im Februar 1953 zugeleitet, dann zunächst von den Ausschüssen für außenpolitische Angelegenheiten und Verteidigungspolitik beraten worden. Beide gaben der AN negative Empfehlungen über die EVG ab.³⁷⁵ Als die Regierung Laniel aufgrund des Debakels in Indochina zurücktreten musste, nahm sich der Radikalsozialist³⁷⁶ Mendès-France der Ratifikation an. Unter dem Druck gaullistischer Minister in seinem Kabinett erarbeitete er eine abgeänderte Vertragsversion, die längere Übergangszeiten sowie eine Verwässerung der supranationalen Elemente der EVG vorsah. Auf der Konferenz von Brüssel (19.-22.8.1954) geriet er damit in eine Außenseiterposition, da die anderen fünf Regierungschefs eine Vertragssnabbesserung kategorisch ablehnten, die eine Wiederaufnahme des Ratifikationsverfahrens in den Ländern bedeutet hätte. Mendès-France legte daraufhin den ursprünglichen Vertragsentwurf der AN unter der Maßgabe vor, dass seine Regierung bei der Abstimmung neutral bleiben würde. Am 30.8.54 lehnte die AN eine weitere Beratung über die EVG mit 319 zu 264 Stimmen

³⁷³ Das Votum fiel 327:287 aus, 20 Sozialisten und 10 Radikalsozialisten stimmten ‚contre‘.

³⁷⁴ Zu den intergouvernementalen Verhandlungen im Detail: Lipgens 1984

³⁷⁵ Der außenpolitische Ausschuss stimmte 24:18, der verteidigungspolitische 29:13 gegen die EVG.

³⁷⁶ Die *Parti républicain radical et radical-socialiste* (PR) wurde 1901 gegründet und versteht sich als Vertreterin des laizistisch-republikanischen Ideals. In ihren Reihen fanden sich u.a. die Ministerpräsidenten Edgar Faure, Pierre Mendès-France, Henri Queuille, René Mayer und Edouard Daladier. Sie ging später im Parteienbündnis UDF auf.

ab.³⁷⁷ Das Projekt war endgültig gescheitert. In der Folge kam es zu raschen internationalen Verhandlungen, in deren Zuge die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) und der NATO beschlossen wurde.

Diskursverlauf und -struktur

Die Auseinandersetzung um die EVG wurde vor allem in drei Einzeldebatten ausgetragen, zwei in der AN (19.2.1952 u. 17.11.1953), eine im *Conseil de la République* im Oktober 1953. Am Tage der entscheidenden Abstimmung in der AN am 30.8.1954 fand hingegen keine Debatte mehr statt. Die EVG war Thema verschiedener Parteitage wie bspw. die der Sozialisten (SFIO)³⁷⁸ vom 23.5.1952 und 30.5.1954. Vor allem von 1952 an suchten verschiedene wichtige Diskursträger andere Foren, um in die Debatte einzugreifen. De Gaulle tat dies vor allem mit gut inszenierten Pressekonferenzen,³⁷⁹ Staatspräsident Auriol (SFIO) veröffentlichte seine Meinung in den Printmedien.³⁸⁰

In der Debatte spaltete sich die politische Klasse Frankreichs in zwei Lager, die der EVG-Befürworter und Gegner (*cédistes*³⁸¹ und *anti-cédistes*). Dabei verliefen – mit Ausnahme der kommunistischen PCF – die Bruchlinien innerhalb der Parteien (Siegfried 1959: 153). Bis Februar 1952 blieb die Diskussion weitgehend auf Regierungsmitglieder und Fachzirkel beschränkt, die Regierungen Plevin (UDSR)³⁸² und Faure (PR) sowie die Regierungsparteien MRP³⁸³, PR, UDSR und SFIO zeigten sich in ihrem Einstehen für die EVG noch einmütig. In der Debatte in der AN vom Februar zeigten sich jedoch zum ersten Mal vor allem in den drei letztgenannten Parteien Abweichler, die ihre Position in den folgenden zwei Jahren sukzessive ausbauen konnten, bis sie dann in der

³⁷⁷ Die Fraktionen und Parteien stimmten wie folgt: Gegenstimmen/Prostimmen: PCF (Kommunisten): 99/0, SFIO (Sozialisten): 53/50, PR (Radikalsozialisten): 34/33, UDSR (gemäßigte Soz.): 10/8, MRP: 2/80, Modérés (Gemäßigte): 44/79, Indépendants (Unabhängige): 3/11, RPF (Gaullisten): 67/2, Nicht-Eingeschriebene: 7/1.

³⁷⁸ Die *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO) spaltete sich 1920 in Tours von der kommunistischen Partei ab und ging 1971 in der neugegründeten *Parti socialiste* auf. Bedeutende Diskursträger waren Parteiführer Guy Mollet, Staatspräsident Vincent Auriol, Verteidigungsminister und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der AN Jules Moch, der Ministerpräsident Léon Blum sowie André Phillip.

³⁷⁹ So bspw. die Pressekonferenzen vom 5.2.1952 und 6.6.1952.

³⁸⁰ Vgl. seinen Artikel im *France-Soir* v. 21.4.1954.

³⁸¹ *'Céder'* bedeutet im Französischen 'überlassen, abtreten'. Hiermit wird darauf angespielt, dass die 'Überlasser' für eine Abtretung von Souveränitätsrechten, im konkreten Fall in Bezug auf die Verteidigungspolitik, eintreten. Zugleich leitet sich der Begriff von der französischen Abkürzung CED (= EVG) ab.

³⁸² Die *Union démocratique et socialiste de la Résistance* war ein Zusammenschluss gemäßigter sozialistischer Intellektueller und Politiker. Bedeutende Persönlichkeiten waren der Ministerpräsident René Plevin sowie der spätere Staatspräsident François Mitterrand.

³⁸³ Der *Mouvement Républicain Populaire* war seit 1944 eine Partei der christlichen Mitte, die die europäische Integration stets bejaht hat. Wichtigste Diskursträger in der Partei waren der langjährige Außenminister Robert Schuman sowie die Ministerpräsidenten Pierre Pflimlin und Georges Bidault. Sie ging später im Parteienbündnis UDF auf.

entscheidenden Abstimmung gar die leichte Mehrheit in ihren Parteien zu erreichen vermochten.

Die Argumentationsmuster im EVG-Diskurs

Die idealistische Diskursformation: Ein Europa zur Überwindung des Nationalismus

Ein idealistischer Argumentationsstrang vor allem in der MRP sah in der EVG das richtige Instrument zur schrittweisen Überwindung des Nationalstaats und der wieder in Europa aufkeimenden Nationalismen. Bei Robert Schuman findet sich zudem eine explizite Verankerung in Europa als „christliches Abendland“ (Dettke 1981: 239f.). Dieses idealistische Motiv gepaart mit einem eher föderalistischen Europabild war insoweit parteiübergreifend, als sich auch die Vorstellung Paul Reynauds der Unabhängigen³⁸⁴ (Bjøl 1966: 187ff.) wie auch die des SFIO-Flügels um Léon Blum (Maurer 1993: 27) darunter subsumieren ließen.

Vor allem die gaullistischen und kommunistischen *anti-cédistes* griffen diese Argumentation scharf an, und der MRP musste sich mit Beschimpfungen wie ‚Münchener‘, ‚Vichyisten‘ und ‚Partei des Auslands‘ gefallen lassen (Rioux 1985: 165). Im Übrigen stießen sich die Gaullisten, aber auch die jakobinischen Flügel der Parti Radical und SFIO vor allem am Prinzip der Souveränitätsabgabe (de Carmoy 1970: 35) und beharrten auf einem „Europa der Nationen“.³⁸⁵ Der Radikalsozialist Herriot warnte im letzten von zwei *Statements* am Abstimmungstag noch einmal eindringlich vor dem ‚Tod der französischen Nation‘ (O'Neill 1981: 76). Die Gaullisten stellten dem supranational organisierten Europa ihr ‚französisches Europa‘ entgegen, das durch eine neue und engagierte Außenpolitik den anderen Großmächten Respekt abnötigen und so als Vorbild fungieren sollte (Bjøl 1966: 224-230). De Gaulle griff in seinen heftigen Attacken gegen die EVG vor allem den Aspekt der Souveränitätsabgabe immer wieder auf, um gegen „*ce monstre artificiel, ce robot, ce Frankenstein que, pour tromper le monde, on appelle la Communauté*“ (zit. n. Vaisse 1998: 33) Front zu machen.

³⁸⁴ Die eher lose organisierte liberal-bürgerliche Gruppe der *'indépendants'* wies absolute Gegnern der EVG wie General Aumeran, moderate Kritiker wie Giscard d'Estaing, Befürworter wie den Ministerpräsidenten Antoine Pinay bis hin zu glühenden Pro-Europäern wie Paul Reynaud auf.

³⁸⁵ Wie Loth nachgewiesen hat, gilt dies uneingeschränkt nur seit 1952. Vorher hatte De Gaulle eine völlig andere Position vertreten: So plädierte er für mehr politische Souveränitätsabgaben und föderale Elemente! (Loth 1991: S.641f.)

Die realistische³⁸⁶ Diskursformation: Ein Europa zur Einbindung Deutschlands

Insgesamt blieb der idealistischen Argumentationslinie jedoch nur ein Nischen-dasein, und selbst in der MRP wurde eine andere Argumentation zusehends die dominierende. Diese sah in einer aggressiven Sowjetunion die Hauptbedrohung für Frankreich und hielt aus diesem Grund die Wiederbewaffnung Deutschlands für unvermeidlich. Gleichwohl fürchtete man sich vor einem Wiedererstarken des deutschen Nationalismus und lehnte eine autonome deutsche Armee deshalb ab.³⁸⁷ Die EVG erschien so, wie Schumans Nachfolger als Außenminister Georges Bidault (MRP) es formulierte, als das „geringste Übel“. Pointiert lautete für die *cédistes*, die dieser Argumentationslinie folgten, die Alternative: „die EVG oder die Wehrmacht“ (Aron 1956: 12). Dieser realistische Zweig der MRP lehnte weitergehende Souveränitätsabgaben ab. So erteilte Bidault als Außenminister einer Weiterverhandlung der Europäischen Politischen Gemeinschaft eine klare Absage,³⁸⁸ denn: „*Il faut faire l'Europe sans défaire la France.*“ (zit.n. Fauvet 1956: 32, 35).³⁸⁹ Es galt gleichwohl, die Bundesrepublik dauerhaft an den Westen zu binden, damit ein mögliches Paktieren Westdeutschlands mit der Sowjetunion sehr erschwert oder gar unmöglich gemacht würde. Dieses „Rapallo-Motiv“³⁹⁰ hatte bereits in der Zwischenkriegszeit enorme Bedeutung im französischen Diskurs über den Umgang mit dem Deutschen Reich entfaltet (Fritsch-Bournazel 1991: 190). Die Argumentation der *cédistes* lag so in der Tradition der Verständigungspolitik Aristide Briands. Die SFIO teilte prinzipiell diese realistische Herangehensweise, war allerdings noch skeptischer als die MRP, was die zukünftige Entwicklung Deutschlands anging. Demzufolge bestand sie auf einer Beibehaltung supranationaler Elemente sowie kleiner nationaler Truppenteile in der EVG, um eine Gewähr gegen ein Wiedererstarken des deutschen Nationalismus zu haben. Je mehr die supranationalen Elemente in den internationalen Vertragsverhandlungen verwässert und die Größe für nationale

³⁸⁶ Hier wird auf eine Einteilung Bezug genommen, die Aron (1956:12) vorgenommen hat. Mit ‚realistisch‘ ist gemeint, dass die Argumente in der Tat Elemente realistischer Theorien der Internationalen Beziehungen aufwiesen, vor allem das Denken in Bedrohungen, relativen Gewinnen und das Gleichgewichtsmotiv.

³⁸⁷ Beispielhaft sei hier auf die viel zitierte Argumentation von Alfred Coste-Floret vor dem Nationalkomitee der MRP am 12.7.1952 hingewiesen: „*Il ne reste désormais d'autre choix qu'entre l'intégration de l'Allemagne à l'Europe occidentale, seul moyen d'éviter une armée nationale de l'Allemagne et son utilisation au service de la politique ou d'un germanisme conquérant. Que l'armée européenne comporte des aléas et des risques, nul ne songe à le nier, mais ces risques palissent au regard de ceux qu'elle permet d'éviter.*“, zit.n. Zeraffa-Dray 1993: 236.

³⁸⁸ Die EPG schien auch in den internationalen Verhandlungen, vor allem mit den Niederlanden, nicht durchsetzbar. Dies erwies sich als schlechtes Omen für die EVG, da de Gaulle und Teile der SFIO darin bestärkt wurden, dass eine politische Autorität fehle. Vgl. Loth 1995.

³⁸⁹ In der Debatte am 17.11.53 trieben Redner der RPF das Argument weiter und diagnostizierten für eine Verabschiedung der EVG: „*L'Europe serait construite sur le cadavre de la France.*“ (z.n. Fauvet 1956: 37).

³⁹⁰ In Rapallo verständigten sich das Deutsche Reich und die UdSSR 1922 auf den Verzicht gegenseitiger Reparationen. Zusammen mit dem Separatfrieden von Brest-Litowsk 1918 wurde ‚Rapallo‘ zum Symbol einer deutsch-russischen Verständigung auf Kosten Frankreichs.

Einheiten angehoben wurden, desto stärker wurde die Gruppe der *anti-cédistes* in der SFIO. Staatspräsident Auriol, Daniel Mayer, Naegelen und Moch hielten die EVG nunmehr für ungeeignet, Westdeutschland Paroli zu bieten (Quilliot 1972: 486-492). Stattdessen solle man – so bereits die Argumentation in der Februardebatte 1952 und auf dem Parteikongress im Mai – lieber mit der Sowjetunion Möglichkeiten der Verständigung ausloten (Fauvet 1956: 26).

In einem weiteren wichtigen Punkt waren die *anti-cédistes* sich einig: Sie schätzten Frankreich als zu schwach ein, um die Bundesrepublik Deutschland in der EVG zu balancieren und hielten die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs für unabdingbar. Dieses Argument schien auch bei den *anti-cédistes* der Radikalsozialisten (z. B. Daladier, Herriot) immer wieder auf und wurde von den Gaullisten zu der einprägsamen Frage verkürzt: „Warum schließt sich Frankreich nicht mit seinen Freunden zusammen, sondern mit seinen Feinden?“ (Bjøl 1966: 222).

Die Gaullisten³⁹¹ teilten im Prinzip die Wahrnehmung der sowjetischen Bedrohung und auch die Notwendigkeit der deutschen Wiederbewaffnung. Indes glaubten sie wie die *anti-cédistes* der SFIO nicht daran, dass Frankreich das Gleichgewicht in den EVG-Institutionen würde halten können. In diesem Punkt wurden sie von der überwiegenden Anzahl der Militärs unterstützt, die angesichts der enormen Verpflichtungen in Übersee die Dominanz Westdeutschlands in Bezug auf Truppenstärke und Finanzbeitrag als offensichtlich einschätzten (Guillen 1985: 146). Zudem würden die französischen Verbände in gebundene und freie Einheiten geteilt, was die Autonomie der französischen Verteidigung stark einschränken würde. In dieser Perspektive erscheint die EVG als Schwächung der französischen Armee, was de Gaulle auf den griffigen Nenner brachte: „*La CED (EVG, Anm. d. Auteurs) réarme l'Allemagne et désarme la France!*“ Dem hielten *cédistes* wie René Mayer (PR) entgegen, wie Frankreich stark genug für eine Politik der Isolierung sein könne, wenn es zu schwach für eine Politik der Integration sei (Fauvet 1956: 37).

Der grundsätzlich vom MRP wie den Gaullisten geteilten Einschätzung, dass die Sowjetunion eine im Vergleich zu Deutschland größere Bedrohung darstelle, wurde vor allem von den Kommunisten (PCF) vehement widersprochen. Sie opponierten, ganz auf Moskauer Linie, aber eben auch in gewisser Tradition der Eindämmungspolitik Poincarés, generell gegen eine deutsche Wiederbewaffnung (Fauvet 1956: 37). Sie suggerierten bei ihrer Argumentation, als ginge es bei der Ablehnung der EVG darum, die Wiederbewaffnung Deutschlands überhaupt zu

³⁹¹ Der *Rassemblement du peuple français* (RPF) verstanden sich seit 1947 als Interessenwahrer ihrer Leitfigur Charles de Gaulle, der es selbst nach 1946 abgelehnt hatte, sich aktiv politisch zugunsten der IV. Republik zu betätigen. In der Frage der Übernahme von Regierungsverantwortung zeigte sich die Gaullisten oft gespalten, wodurch einige Male ‚*dissidents*‘ auch Minister stellten. Nachfahre der RPF ist der heutige RPR. Wichtige Diskursträger in der Sammlungsbewegung waren neben de Gaulle selbst die späteren Premierminister der V. Republik, Michel Debré, und Jacques Chaban Delmas sowie General Koenig.

verhindern. Von Beginn an stellten sie eine konstante Größe der *anti-cédistes* dar, die die Ängste gegenüber der Bundesrepublik bewusst schürten.³⁹²

Die Diskursformation ‚Europa als dritte Kraft‘

In der SFIO, aber auch in der MRP findet sich ein weiterer Argumentationsstrang, der an die Idee Europas als „Dritte Kraft“ anknüpft (Maurer 1993: 18ff.; Zeraffa-Dray 1993: 238). Damit verband sich die Hoffnung, ein einiges Westeuropa – mit der EVG als einem Baustein – könnte eine eigenständige Macht neben den Supermächten werden und so auch ein gewisses Gegengewicht zu den USA schaffen (Ziebura 1997: 113; Aron 1956: 11). Auch dieses Argumentationsmuster vermochte die *anti-cédistes* in der SFIO allerdings immer weniger zu überzeugen, da die EVG im Zuge der Vertragsrevisionen enger an die NATO angebunden wurde (Loth 1995: 195). Sich im Zuge einer *troisième force* an die Bundesrepublik Deutschland zu binden, würde zudem – wie Auriol es formulierte – das Risiko mit sich bringen, durch Deutschland in einen Krieg hineingezogen zu werden (Poidevin 1985:13).

Ein weiterer Baustein der EVG-skeptischen Argumentationskette bildete die Befürchtung, die EVG würde die Spaltung der Welt beschleunigen. Der richtige Weg sei vielmehr, die Wiederbewaffnung Deutschlands zu verhindern und die Verhandlungen der Siegermächte wiederzubeleben (Hoffmann 1956: 82f.).

Eine der Dritten Kraft verwandte Strömung sah in einem schwachen, neutralisierten Gesamtdeutschland eine Perspektive. Erst sollte Deutschland vereinigt, dann wiederbewaffnet werden, was zu Überwindung des Blockantagonismus beitragen würde. In dieser Sichtweise war „ein schwaches Gesamtdeutschland im Rahmen eines Europa, das auf einem Arrangement mit der Sowjetunion beruhte, der westlichen Bündnispolitik eindeutig vor(zuziehen)“ (Ziebura 1997: 111). Diese vornehmlich in den linken Parteien verbreitete neutralistische Position erhielt im Diskurs vor allem durch die Stalin-Note Auftrieb (Soutou 1993a: 504). *Cédistes* wie André Phillip (SFIO) hielten dem entgegen, dass eine Wiedervereinigung ohne Integration Deutschland zu einem Zünglein an der Waage (*arbitre*) machen würde. Auch deshalb sei eine feste Einbindung in die EVG vorzuziehen (Quilliot 1972: 485).

Die Diskursformation: Das Europa des Westens

Wie im vorigen Punkt ausgeführt wurde, sahen die meisten Diskursteilnehmer die Beteiligung des Vereinigten Königreichs als sehr wichtig an. Im Lager der *cédistes* war eine weitere Argumentation anzutreffen, die die Verankerung Deutschlands und Frankreichs im Westen als notwendig ansah (Hoffmann 1956: 74-76). Umgekehrt sollten die USA nach dem Willen auch vieler konservativer

³⁹² Vgl. zu den Wahrnehmungen und Bildern über Deutschland in der Debatte: Grosser 1956: S.103ff..

‚Atlantiker‘ fest in Europa eingebunden bleiben. Das Bedrohungsszenarium der ‚Realisten‘ wurde dabei geteilt, nur die Lösung war eine andere: Die feste Einbindung Westdeutschlands in die EVG, zusammen mit den Beistandsgarantien Großbritanniens und der USA durch die NATO sicherten dauerhafte finanzielle und militärische Unterstützung der USA – so bspw. die Argumentation der integrationsfreundlichen Radikalsozialisten Edgar Faure, Queuille und René Mayer (O'Neill 1981): 56). Dem entgegenete bspw. Daladier aus derselben Partei, damit würde Frankreich zum ‚Büttel des *State Department*‘. Stimmen aus der RPR merkten an, dass von den großen westlichen Staaten nur Frankreich substantielle Souveränitätsrechte abgeben solle, was inakzeptabel sei (Bjol 1966: 221). De Gaulle bezeichnete in einer Pressekonferenz am 25.2.53 die EVG gar als „Geschöpf Deutschlands, das ein zukünftiges Bündnis mit den USA begründen wolle“ (Guillen 1985: 151f.).

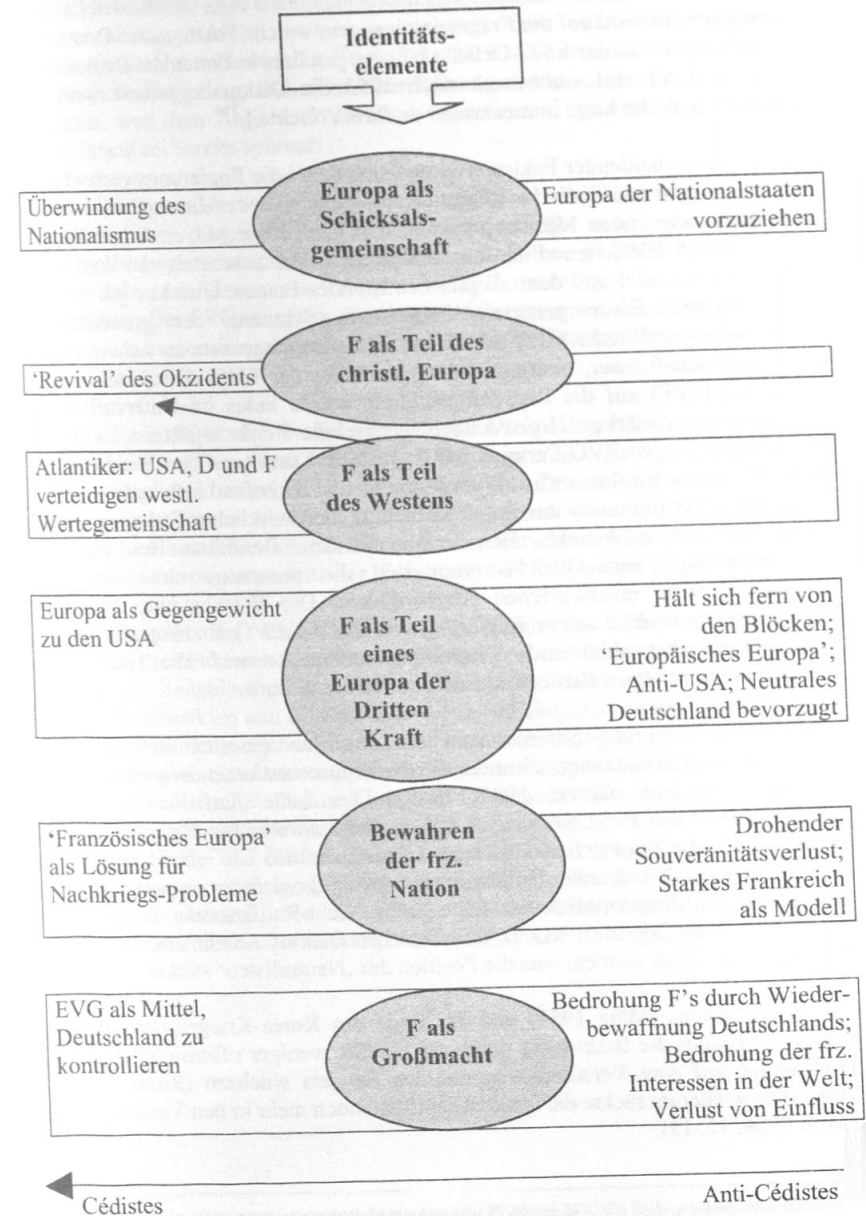
Zusammenfassung

Als wichtigste Identitätselemente wurden im Diskurs ‚Frankreich als Großmacht‘ und die ‚Bewahrung Frankreichs‘ aktiviert. Die EVG wurde in den Argumentationsmustern vor allem als Instrument gesehen, den Bedrohungen der Stellung und des Wertesystems Frankreichs zu begegnen. Diese Bedrohungen waren in ein ausgeprägtes Gleichgewichtsdenken eingebettet (Noack 1977: 42), das im Identitätselement „Frankreich in einem Europa der Dritten Kraft“ zum Ausdruck kommt. Die Argumentationsmuster der *cédistes* und *anti-cédistes* unterschieden sich vor allem darin, ob die UdSSR oder Deutschland die größere Bedrohung für Frankreich darstellten. Selbst wenn man die Bedrohung durch die Sowjetunion als die bedeutendere einschätzte, gingen die Meinungen darüber auseinander, ob mittel- bis langfristig eher Deutschland oder die USA zu balancieren seien. Die Unterstützung des Vereinigten Königreichs erschien in den meisten Argumentationslinien deshalb als besonders wünschenswert. Als fatal erwies sich, dass es den *anti-cédistes* gelang, die Wiederaufrüstung Deutschlands argumentativ mit dem Schicksal der EVG zu verknüpfen (Fries 1995: 114).

Demgegenüber fristete die ‚idealistische Argumentation‘ ein Nischendasein. In den Argumentationen der idealistischen *cédistes* erschien Europa als Schicksalsgemeinschaft zur Überwindung der Nationalismen und Frankreich als Teil des christlichen Abendlandes. Überhaupt konnten sich im Diskurs Militärs und Persönlichkeiten der Kriegs- und Vorkriegszeit mit Argumenten durchsetzen, die eher historische Bedrohungsfiguren verwendeten als auf zukünftige Perspektiven zu setzen (Fauvet 1956: 43). Zwar erhielt die idealistische Diskursformation eine gewisse Unterstützung durch Anhänger eines ‚Europa als Dritte Kraft‘ sowie der ‚Atlantiker‘, wurde jedoch letztlich von den Gegnern eines Souveränitätsverzichts dominiert.

Die folgende Abbildung verdeutlicht zusammenfassend die wichtigsten Identitätsmerkmale und Diskursformationen:³⁹³

Abb. 24: Der französische Diskurs zur EVG (1952-54)



³⁹³ Ich danke Fabrice Larat, Hans Stark und Cathérine Guicherd für wertvolle Klarstellungen und Hinweise zu der Abbildung.

Diskurshegemonie

Abschließend wird auf die Frage eingegangen, welche Faktoren zur Dominanz der *anti-cédistes* in der EVG-Debatte beigetragen haben. Hatten die Befürworter der EVG 1952 und wohl auch noch 1953 die Diskurshegemonie inne, so veränderte sich die Lage immer weiter zu ihrem Nachteil.³⁹⁴

Als ein entscheidender Faktor erwiesen sich dabei die Regierungswechsel und Umbesetzungen innerhalb der Regierungen zu Lasten der *cédistes* (Fauvet 1956: 24). Waren die ersten Ministerpräsidenten (Pinay, René Mayer, Edgar Faure) noch sämtlich EVG-freundlich, so änderte sich dies zusehends mit dem eher indifferenten Laniel und dem skeptischen Mendès-France. Gleiches gilt für die Außenminister: Zwar gehörte Bidault wie Schuman der grundsätzlich integrationsfreundlichen MPR an, er war indes im Gegensatz zu Schuman ein eher leidenschaftsloser, instrumenteller Anhänger der EVG. Der Einfluss der Gaullisten (RPF) auf die Regierungsbildung wurde indes im Untersuchungszeitraum immer stärker. Hinzu kamen wechselnde Regierungskonstellationen: So mussten die pro-EVG Parteien MRP und SFIO bereits in den Wahlen vom 16.6.1951 einen Einflussverlust hinnehmen. Die SFIO befand sich zudem 1952-54 in der Opposition, was zur Folge hatte, dass kein wirklicher Fraktionszwang aufgebaut werden konnte. Den entsprechenden Beschluss des eigenen Sonderparteitags vom 30.5.54 ignorierten die ansonsten einer strengen Fraktionsdisziplin unterworfenen Abgeordneten. Die Entscheidung Mendès-Frances, das Schicksal seiner Regierung von der der EVG abzukoppeln sowie seine eigene eher ablehnende Einstellung ermunterte auch die Hälfte der Abgeordneten der *Parti Radical* zu einem negativen Votum.

Zu diesen regierungssystemimmanenten Faktoren gesellen sich externe Ereignisse im Untersuchungszeitraum, die die Argumentationen der *anti-cédistes* sukzessive stärkten (Gerbet 1983: 168f.). Dies hatte fünf Facetten: Der zunehmende Druck der USA erwies sich als kontraproduktiv: Sie sperrten ab dem 10.7.54 alle finanziellen Hilfen an Länder, die die EVG nicht ratifiziert hatten, und Außenminister Dulles drohte ein ‚agonizing reappraisal‘ der amerikanischen Europapolitik im Falle einer Nicht-Ratifizierung an (Noack 1977: 43f.). Dies ließ die EVG im französischen Diskurs zunehmend zu einem Instrument der USA werden, was die Position der ‚Neutralisten‘ stärkte.

Der Tod Stalins (März 1953) und das Ende des Korea-Krieges (Juli 1953) machten zweitens die Bedrohung durch die UdSSR weniger offensichtlich, und Hoffnungen auf eine Verständigung mit den Sowjets wuchsen (Rioux 1985: 160). Dies wiederum rückte die Deutschlandfrage noch mehr in den Vordergrund (Aron 1956: 11, 13).

³⁹⁴ Fauvet argumentiert, dass die AN die EVG wahrscheinlich 1952 wie 1953 ratifiziert hätte, wäre sie ihr denn vorgelegt worden (Fauvet 1960: 223).

Drittens spielte die Regierung Adenauer in zweierlei Hinsicht eine unglückliche Rolle. Zum einen verstanden sich Mendès-France und der deutsche Kanzler überhaupt nicht, letzterer zeigte sich nicht nur auf der Brüsseler Konferenz absolut unnachgiebig (Bjöl 1966: 28, 43). Zum anderen weigerte sich die deutsche Regierung, früher zu einer Klärung der umstrittenen Saarfrage zu kommen, was dem Argument Vorschub leistete, ein neuer Revanchismus in Deutschland sei bereits spürbar.

Die sich zunehmend verschärfende Situation in Indochina war ein vierter Punkt. In den Augen vieler Militärs machte die sich verschlechternde militärische Lage es zunehmend unwahrscheinlich, dass Frankreich in der Lage sein würde, den deutschen Truppen- wie Finanzbeitrag in der EVG zu balancieren. Die EVG wurde in den Augen vieler zu einem Hemmschuh für die Lösung der immer dringender werdenden Probleme Frankreichs um den Erhalt der *Union Française*.

Schließlich führte die unmissverständliche Weigerung Großbritanniens, der EVG beizutreten³⁹⁵ zu einer Schwächung derjenigen *cédistes* bspw. in der SFIO, die ursprünglich daraus eine Vorbedingung für ihre Zustimmung gemacht hatten. Nicht ganz geklärt ist bis heute zudem die Frage, ob Churchill Mendès-France bei dessen Besuch in London kurz vor der entscheidenden Abstimmung zu alternativen Lösungen jenseits der EVG ermuntert hat (Jansen 1992: 132ff.).

Das Beispiel der EVG-Debatte zeigt damit das Zusammenspiel von institutionellen Faktoren und externen Ereignissen, die einzelne Argumentationsmuster im Zeitablauf stärkten oder schwächten, damit auf die Diskursformationen einwirkten und letztlich über die Diskurshegemonie entschieden haben. Die institutionelle Schwächung der idealistischen Diskursformation im Zusammenspiel mit oben ausgeführten externen Faktoren hat dazu geführt, dass sich die ‚realistische‘ Diskursformation im Diskurs hat durchsetzen können. Identitär konnte sie sich vor allem in der Bewahrung der französischen Nation und ihrer Rolle als Großmacht verankern. Diese Diskursformation hat den Vorteil, dass sie mächtige Diskursträger aus allen politischen Lagern hinter sich versammeln konnte. Sie sollte für die nächsten Jahrzehnte die alles beherrschende Diskursformation für die französische Außenpolitik bleiben.

³⁹⁵ Vgl. den ergebnislosen französisch-britischen Gipfel vom 12./13.2.1953 und die Unterhaus-Rede Churchills vom 11.5.1953 (Poidevin 1985: 121).